

dass der Tourismus die Auswirkungen meines Minderheitsantrages nicht spüren wird und sich mit hervorragenden Leistungen und innovativem Denken behaupten kann.  
 Ich beantrage Ihnen, dem Antrag der Minderheit I, d. h., dem Entwurf des Bundesrates bzw. dem Beschluss des Ständerates, zuzustimmen, für die SVZ also einen Beitrag von 62 Millionen Franken für die nächsten zwei Jahre zu bewilligen.

**Columberg**, Sprecher der Minderheit II: In der gegenwärtig schwierigen Zeit dürfen wir die Beiträge an die Schweizerische Verkehrszentrale nicht kürzen. Die Präsenz der Schweiz im Ausland und damit die Werbung für unser Land und für unseren Tourismus sind eine langfristige Investition. Wenn wir in diesem Bereich kürzen, schaden wir unserer Wirtschaft und schliesslich unserem Land.

Mit dem Antrag des Bundesrates bzw. dem Beschluss des Ständerates wird nicht einmal die Teuerung ausgeglichen. Im Klartext bedeutet dies: Einschränkung der bisherigen Tätigkeit. Dieser Vorschlag bewirkt eine Reduktion des Personals und der Auslandvertretungen, eine Einschränkung der Präsenz der Schweiz im Ausland und der Landeswerbung.

Es kommt aber noch ein weiteres Argument dazu. Wie Sie gehört haben, gilt dieser Beschluss lediglich für zwei Jahre. Es ist also eine Art Feuerwehrrübung, eine Ueberbrückungsmassnahme. In dieser Zeit sollen die Strukturen der Schweizerischen Verkehrszentrale überprüft werden. Wenn wir aber bereits jetzt Kürzungen dekretieren und die SVZ zu einem Leistungsabbau zwingen, präjudizieren wir die beschlossene Ueberprüfung. Das kann doch nicht der Sinn einer neutralen Ueberprüfung sein.

Mit dem Antrag der Kommissionsmehrheit wird lediglich die minimale Teuerung ausgeglichen. Da sich die Aktivitäten der Schweizerischen Verkehrszentrale weitgehend im Ausland abspielen, muss man erfahrungsgemäss Währungsrisiken einkalkulieren.

Deshalb bitten wir Sie, der Minderheit II (Columberg) zuzustimmen und 70 Millionen Franken zu bewilligen. Damit kann die Schweizerische Verkehrszentrale mindestens während dieser zweijährigen Uebergangsphase ihre bisherige Tätigkeit fortsetzen.

Herr Binder, ich habe schon etwas Mühe, dass ausgerechnet Sie als Vertreter der Landwirtschaft diesen Antrag bekämpfen. Hier geht es wirklich um einen im Vergleich zur Landwirtschaft äusserst bescheidenen Beitrag. Der Antrag der Minderheit II trägt deutlich das Zeichen des Kompromisses. Es geht um die Wahrung des Besitzstandes.

Für eine zeitgemässe Gestaltung der touristischen Landeswerbung wären ganz andere Beträge notwendig, nach der Berechnung des Departementes mindestens 84 Millionen Franken. In Anbetracht der Finanzlage des Bundes sind wir bescheidener geworden. Wir bitten Sie lediglich um 70 Millionen Franken. Dieser Betrag entspricht dem absoluten Minimum. Bei dieser Gelegenheit muss man hervorheben, dass die Leistungen des Bundes für den Tourismus ausserordentlich bescheiden sind.

Wenn Sie diese beispielsweise mit der Unterstützung der Exportwirtschaft vergleichen, ist es sehr wenig. Zudem muss man anerkennen, dass die Schweizerische Verkehrszentrale in den letzten Jahren bereits enorme Sparanstrengungen unternommen hat; sie hat ihren Personalbestand bereits von 265 auf 205 Personen reduziert. Das Vertretungsnetz im Ausland darf aber nicht reduziert werden. Eine Reduktion der Auslandvertretungen von 22 auf 8 wäre unverantwortlich. Es ist auch unvernünftig, bei der SVZ Personal zu entlassen und andererseits beim Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten 10 neue Stellen zu schaffen, wie dies auf Seite 12 der Botschaft steht; es wäre widersinnig, von Beschäftigungsprogrammen zur Sicherung von Arbeitsplätzen zu sprechen und gleichzeitig Massnahmen zu beschliessen, die Arbeitsplätze vernichten. Es ist auch unverantwortlich, weil die Schweizerische Verkehrszentrale keine Ausweichmöglichkeiten hat. Sie kann auf keine anderen finanziellen Quellen zurückgreifen.

Wie bereits gesagt: Wenn man schon eine Ueberprüfung dieser Institution vornehmen will, dann darf man jetzt nicht mit ei-

nem Abbau den Ausgang dieser neutralen Studie präjudizieren.

Aus diesem Grunde bitte ich Sie, diesem bescheidenen Antrag der Kommissionsminderheit II (Columberg) auf 70 Millionen Franken zuzustimmen. Er gewährleistet lediglich für zwei Jahre die Fortsetzung der bisherigen verdienstvollen Aktivität der Schweizerischen Verkehrszentrale.

*Abstimmung – Vote*

*Eventuell – A titre préliminaire*  
 Für den Antrag der Minderheit I 42 Stimmen  
 Für den Antrag der Minderheit II 40 Stimmen

*Definitiv – Définitivement*  
 Für den Antrag der Mehrheit 71 Stimmen  
 Für den Antrag der Minderheit I 37 Stimmen

**Art. 2**

*Antrag der Kommission*  
 Zustimmung zum Beschluss des Ständerates  
*Proposition de la commission*  
 Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Angenommen – Adopté*

*Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble*  
 Für Annahme des Entwurfes 89 Stimmen  
 (Einstimmigkeit)

*An den Ständerat – Au Conseil des Etats*

92.061

**Zolltarifarisches Massnahmen 1992/I  
 Tarif des douanes. Mesures 1992/I**

Bericht und Beschlussentwurf vom 19. August 1992 (BBI V 1110)  
 Rapport et projet d'arrêté du 19 août 1992 (FF V 1056)  
 Kategorie V, Art. 68 GRN – Catégorie V, art. 68 RCN

Herr **Rychen** unterbreitet im Namen der Kommission den folgenden schriftlichen Bericht:

Gemäss Artikel 9 Absatz 1 des Zolltarifgesetzes vom 9. Oktober 1986 und Artikel 1 Absatz 3 des Bundesgesetzes vom 13. Dezember 1974 über die Ein- und Ausfuhr von Erzeugnissen von Landwirtschaftsprodukten muss der Bundesrat halbjährlich über die Zollmassnahmen berichten, die er in Ausübung der in den vorerwähnten Erlassen enthaltenen Befugnisse getroffen hat. Die Bundesversammlung entscheidet über das weitere Inkraftbleiben der Massnahmen.

Der vorliegende Bericht bezieht sich auf folgende Massnahmen:

Massnahmen gestützt auf das Zolltarifgesetz  
 Der Bundesrat beschloss am 18. Juni 1992, die sich aus dem Freihandelsabkommen zwischen den Efta-Ländern und der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik (CSFR) sowie dem Briefwechsel zwischen der Schweiz und der CSFR betreffend die bilaterale Vereinbarung über den Handel mit landwirtschaftlichen Gütern ergebenden Zollsätze vom 1. Juli 1992 an vorläufig anzuwenden. Dem Vertrag selber haben die eidgenössischen Räte schon anlässlich der Herbstsession 1992 zugestimmt.

Massnahmen gestützt auf das Bundesgesetz über die Ein- und Ausfuhr von Erzeugnissen aus Landwirtschaftsprodukten

Bis anhin wurde Paniermehl bei der Ausfuhr je nach Aufmachung infolge der Anwendung verschiedener Standardrezepturen unterschiedlich belastet. Paniermehl in Detail-Aufmachung unterlag infolge seiner Einreihung im Gebrauchszolltarif 1986 in einer Residualposition einer etwa 40 Prozent zu niedrigen Einfuhrbelastung im Vergleich zu der korrekten Belastung von Paniermehl in Engros-Aufmachung. Diese Tatsache widerspricht dem Sinn und Zweck des Gesetzes, wonach in verarbeiteten Landwirtschaftsprodukten das Rohstoffhandicap auszugleichen ist, und führte zudem zu Marktstörungen. Der Bundesrat beschloss deshalb am 13. Mai 1992, Paniermehl ohne Rücksicht auf dessen Aufmachung ab 1. Juli 1992 der gleichen Importbelastung zu unterstellen.

**M. Rychen** présente au nom de la commission le rapport écrit suivant:

Selon l'article 9 premier alinéa de la loi du 9 octobre 1986 sur le tarif des douanes et l'article premier 3e alinéa de la loi fédérale du 13 décembre 1974 sur l'importation et l'exportation de produits agricoles transformés, le Conseil fédéral est tenu de présenter chaque semestre un rapport sur les mesures prises en exécution des compétences prévues dans les lois susmentionnées. L'Assemblée fédérale décide du maintien de ces mesures.

Mesures fondées sur la loi sur le tarif des douanes. Le 18 juin 1992, le Conseil fédéral a décidé de mettre provisoirement en vigueur, dès le 1er juillet 1992, les taux des droits de douane résultant de l'Accord de libre-échange entre les pays de l'AELE et la République fédérative tchèque et slovaque (RFTS) et de l'échange de lettres entre la Suisse et la RFTS concernant l'arrangement bilatéral sur le commerce des produits agricoles. L'accord lui-même a déjà été approuvé par les Chambres fédérales au cours de la session d'automne 1992.

Mesures fondées sur la loi fédérale sur l'importation et l'exportation de produits agricoles transformés.

L'importation de la chapelure était soumise auparavant à des charges différentes selon le conditionnement. Suite au classement de la chapelure conditionnée pour la vente au détail dans le tarif d'usage 1986 sous une position résiduelle, la charge à l'importation était d'environ de 40 pour cent trop basse par rapport à celle correcte pour la chapelure en gros. Cet état de fait va à l'encontre du sens et du but de la loi citée en exergue, laquelle vise la compensation du handicap pour les matières agricoles de base incorporées dans les produits agricoles transformés, et causait de plus des dérangements du marché. Le 13 mai 1992, le Conseil fédéral a décidé d'uniformiser, dès le 1er juillet 1992, la charge d'importation pour la chapelure, sans égard à son conditionnement.

#### *Antrag der Kommission*

Die einstimmige Kommission beantragt Ihnen, auf die Vorlage einzutreten und dem Bundesbeschluss über die Genehmigung von zolltarifarischen Massnahmen zuzustimmen.

#### *Proposition de la commission*

La commission à l'unanimité vous propose d'entrer en matière et d'approuver l'arrêté fédéral portant approbation de mesures touchant le tarif des douanes.

#### *Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen*

Le conseil décide sans opposition d'entrer en matière

#### *Detailberatung – Discussion par articles*

#### **Titel und Ingress, Art. 1, 2**

##### *Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

#### **Titre et préambule, art. 1, 2**

##### *Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

#### *Angenommen – Adopté*

#### *Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble*

Für Annahme des Entwurfes

88 Stimmen  
(Einstimmigkeit)

#### *An den Ständerat – Au Conseil des Etats*

91.313

### **Standesinitiative Bern Förderung des biologischen (ökologischen) Landbaus Initiative du canton de Berne Encouragement de l'agriculture biologique (écologique)**

Beschluss des Ständerates vom 12. Juni 1992

Décision du Conseil des Etats du 12 juin 1992

Kategorie V, Art. 68 GRN – Catégorie V, art. 68 RCN

#### *Wortlaut der Initiative vom 6. Dezember 1991*

Die Bundesversammlung wird eingeladen, das Landwirtschaftsgesetz dahingehend zu ergänzen, dass die freiwillige Umstellung landwirtschaftlicher Betriebe auf biologischen (ökologischen) Landbau gefördert werden kann und nicht zu Einkommenseinbussen führt.

Dies soll insbesondere erreicht werden durch den Schutz von dessen pflanzlichen und tierischen Produkten über die gesetzliche Anerkennung der Bezeichnung «aus biologischem Anbau» und der Knospen-Kollektivmarke des VSBLO.

#### *Texte de l'initiative du 6 décembre 1991*

L'Assemblée fédérale est chargée de modifier la loi sur l'agriculture afin d'encourager la conversion volontaire d'exploitations agricoles à l'agriculture biologique (écologique). Les agriculteurs concernés ne devront pas subir de pertes de revenus.

Il conviendrait notamment de protéger les produits biologiques d'origine végétale et animale par une reconnaissance légale de la mention «En provenance de cultures biologiques» et du label «Bourgeon» de l'AGPBS.

Herr **Matthey** unterbreitet im Namen der Kommission den folgenden schriftlichen Bericht:

Gestützt auf Artikel 44 des Reglementes des Nationalrates unterbreiten wir Ihnen den Bericht der Kommission, die beauftragt war, zur Standesinitiative des Kantons Bern, die am 6. Dezember 1991 eingereicht worden war, Stellung zu nehmen. Die Initiative verlangt eine Aenderung des Landwirtschaftsgesetzes, um die freiwillige Umstellung landwirtschaftlicher Betriebe auf biologischen (ökologischen) Landbau zu fördern, sowie den Schutz von dessen pflanzlichen und tierischen Produkten über die gesetzliche Anerkennung der Bezeichnung «aus biologischem Anbau».

1. Zusammenfassung der Beratungen des Grossen Rates des Kantons Bern

Die Mitglieder des Grossen Rates des Kantons Bern haben die Standesinitiative unterstützt. Sie sind der Meinung, dass der biologische Landbau anerkannt und gefördert werden soll. Es sei dies bereits in verschiedenen europäischen Ländern der Fall und die EG sei daran, eine Verordnung in diesem Bereich zu erlassen. In der Schweiz ist auf Bundesesebene ein entsprechendes Projekt aus dem Jahre 1985, das von einer Expertenkommission ausgearbeitet worden war, toter Buchstabe geblieben.

Die Mitglieder des Berner Grossen Rates unterstreichen, dass ihr Kanton als erster Beiträge zur Förderung der Umstellung auf biologischen Landbau eingeführt hat. Sie sind auch der

## **Zolltarifarishe Massnahmen 1992/I**

### **Tarif des douanes. Mesures 1992/I**

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1992
Année	
Anno	
Band	VI
Volume	
Volume	
Session	Wintersession
Session	Session d'hiver
Sessione	Sessione invernale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	01
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	92.061
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	30.11.1992 - 14:30
Date	
Data	
Seite	2294-2295
Page	
Pagina	
Ref. No	20 022 016

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.  
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.  
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.